

## 135 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates VII. GP.

1. 8. 1953.

### Regierungsvorlage.

**Bundesgesetz vom 1953,  
betreffend den Nachweis der Studien für die  
Erlangung der Befugnis eines Architekten  
durch Absolventen einer Meisterklasse für  
Architektur an der Akademie für angewandte  
Kunst in Wien.**

Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. Der Studiennachweis gemäß § 10 Abs. 2 der Verordnung, betreffend die Ziviltechniker, RGBl. Nr. 77/1913, in der Fassung der Verordnung, BGBl. Nr. 61/1937, für die Erlangung der Befugnis eines Architekten wird auch durch das

Zeugnis über die erfolgreiche Zurücklegung des Studiums an einer Meisterklasse für Architektur an der Akademie für angewandte Kunst in Wien erbracht.

§ 2. Die an dieser Anstalt (früher Reichshochschule für angewandte Kunst beziehungsweise Hochschule für angewandte Kunst) auf dem Gebiete der Architektur abgeschlossenen Studien sind den im § 1 genannten Studien gleichzuhalten.

§ 3. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau betraut.

### Erläuternde Bemerkungen.

Der zur Erlangung der Befugnis eines Architekten nach § 9 der Verordnung, betreffend die Ziviltechniker, RGBl. Nr. 77/1913, in der Fassung der Verordnung BGBl. Nr. 61/1937, erforderliche Befähigungsnachweis umfaßt u. a. auch den Nachweis der Zurücklegung der betreffenden Fachstudien.

Dieser Studiennachweis wird nach § 10 Abs. 2 der zitierten Verordnung durch das Zeugnis über die erfolgreiche Zurücklegung der Meisterschule für Architektur oder des Kunsthistorischen Seminars an einer Technischen Hochschule oder einer auf Grund des Erlasses des Bundesministeriums für Unterricht vom 31. Dezember 1923, Z. 4507/I, eingerichteten Meisterschule für Architektur an der Akademie der bildenden Künste erbracht.

Den Absolventen der im Jahre 1941 in Wien gegründeten Reichshochschule für angewandte Kunst, nach 1945 als Hochschule für angewandte Kunst bezeichnet und auf Grund des Bundesgesetzes, BGBl. Nr. 168/1948 (Kunstakademiegesetz), als Akademie für angewandte Kunst errichtet, konnten bisher die von ihnen angestrebte

Befugnis eines behördlich befugten und beeideten Architekten auf Grund der derzeitigen gesetzlichen Bestimmungen nicht verliehen werden, da sie, abgesehen von der nachzuweisenden praktischen Betätigung im Ausmaß von mindestens fünf Jahren, den für die Befugnisverleihung erforderlichen Studiennachweis nicht erbringen können. Im Hinblick auf die Unübersichtlichkeit der gesetzlichen Bestimmungen über die Ziviltechniker wurde im Jahre 1952 der Entwurf eines Bundesgesetzes über die behördlich befugten und beeideten Architekten, Ingenieurkonsulenten und Zivilingenieure (Ziviltechnikergesetz) ausgearbeitet und in dessen § 9 Abs. 1 lit. a (Studiennachweis) eine Bestimmung aufgenommen, wonach der Studiennachweis für das Fachgebiet Architektur auch durch das Zeugnis über die im ordentlichen Studiengange zurückgelegte Meisterklasse für Architektur an der Akademie für angewandte Kunst erbracht werden kann.

Ferner wurde im § 31 Abs. 2 (Übergangsbestimmungen) dieses Entwurfes ausgesprochen, daß die in der Zeit vom 20. Oktober 1941 (1)

(Erhebung der Kunstgewerbeschule des ehemaligen österreichischen Museums für Kunst und Industrie in Wien zur Reichshochschule für angewandte Kunst bis zum 1. September 1948, Inkrafttreten des Akademiegengesetzes, BGBl. Nr. 168/1948) abgeschlossenen Studien an der Abteilung für Architektur dieser Hochschule als Studiennachweis anerkannt wird. Gegen die Aufnahme dieser gesetzlichen Bestimmungen wurde seinerzeit von keiner daran interessierten Stelle ein Einwand erhoben. Da der Entwurf des neuen Ziviltechnikergesetzes bisher nicht Gesetz wurde, muß derselbe neuerlich im Nationalrat eingebracht werden, wodurch sich die Gesetzwerdung im Hinblick auf die von den Ingenieurkammern neuerlich geforderten wesentlichen Abänderungen auf unbestimmte Zeit verzögern dürfte. Die Absolventen der vorgenannten Reichshochschule beziehungsweise der Hochschule für angewandte Kunst bis zum Jahre 1948 könnten, wenn sie eine fünfjährige fachmännische praktische Betätigung nachweisen, nach Ablegung der Ziviltechnikerprüfung die Befugnis eines Architekten verliehen erhalten, sofern ihre Studien als Studiennachweis für die Befugnisverleihung anerkannt werden.

Da einerseits, wie erwähnt, derzeit nicht abzusehen ist, wann das neue Ziviltechnikergesetz in Kraft treten wird und andererseits unter den Absolventen und Besuchern der Akademie für angewandte Kunst bereits große Unzufriedenheit darüber herrscht, daß sie bisher trotz Gleichwertigkeit ihrer Studien mit jenen der Absolventen der Meisterschule der Akademie der bildenden Künste, deren Zeugnisse schon bisher als Nachweis der Fachstudien anerkannt wurden, die Befugnis eines Architekten nicht erlangen konnten, erscheint es notwendig, diese Benachteiligung der Absolventen der Meisterklasse für Architektur an der Akademie für angewandte Kunst zu beseitigen und ihnen den Weg zur Erlangung der Befugnis eines Architekten zu öffnen, was der vorgelegte Gesetzentwurf bezweckt.

Bemerkt wird, daß nach Angabe des Bundesministeriums für Unterricht und des Präsidenten der Akademie für angewandte Kunst der Umfang der Studien an der ehemaligen Reichshochschule beziehungsweise an der Hochschule für angewandte Kunst der gleiche war wie der an der im Jahre 1948 errichteten Akademie für angewandte Kunst.